



Jürgen Berghahn, MdB
Dr. Wiebke Esdar, MdB
Achim Post, MdB
Stefan Schwartze, MdB

Tel. 030/227-74420
Tel. 030/227-79477
Tel. 030/227-74813
Tel. 030/227-77057

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

An:
Paderborner Initiative gegen den Krieg
c/o Manfred Jäger
Tegelweg 8a
33102 Paderborn

Berlin, den 28.03.2022

Debatte zur Bewaffnung von Drohnen

Sehr geehrter Herr Jäger, sehr geehrte Mitglieder der Paderborner Initiative gegen den Krieg,

vielen Dank für ihr Schreiben. Sie haben uns bezüglich der Bewaffnung von Drohnen und der diesbezüglichen Haltung der neuen Bundesregierung geschrieben. Entschuldigen Sie die Verzögerung unserer Antwort, angesichts der aktuellen Lage bitten wir um Ihr Verständnis. Im Folgenden haben wir Ihnen unsere Position dargelegt.

1. Grundverständnis der SPD

Die Sozialdemokratische Partei als älteste demokratische Partei Deutschlands sieht sich in der Tradition einer wirksamen Politik der Friedenssicherung und -förderung.

Deshalb hat die SPD grundsätzlich erhebliche Vorbehalte gegen eine Politik der Aufrüstung und steht für eine Politik der restriktiven Rüstungsexporte. Wir lehnen jede Vollautomatisierung der Kriegsführung und auch die Entwicklung und den Einsatz von letalen autonomen Waffensystemen (LAWS) strikt ab. Die sozialdemokratische Friedens-, Sicherheits- und Bündnispolitik beruht auf dem Prinzip der Humanität und setzt auf Dialog, Kooperation und die Wirksamkeit der ernsthaften Umsetzung der Ansätze gemeinsamer Sicherheit.

Aktueller denn je kennzeichnet sich die Gegenwart durch Herausforderungen, die nicht alleine durch Deutschland, sondern auch in der EU, in der NATO und durch völkerrechtliche Regelungen im Rahmen der UNO dringlich aufgegriffen und bewältigt werden müssen. Gerade in diesem Kontext, sieht die SPD Deutschland als einen zuverlässigen Partner in der EU, der UNO und der NATO. Die Entwicklungen der letzten Wochen unterstrichen die Notwendigkeit, die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr bestmöglich zu schützen und entsprechend ihren Aufgaben auszustatten.

2. Grundsätze

Mit Bezug auf die Debatte zur Bewaffnung von Drohnen liegen der SPD-Fraktion folgende Grundsätze zugrunde:

- Ein wichtiger Teil der Unterstützung der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr ist die Bereitstellung der bestmöglichen Ausrüstung.
- Auslandseinsätze deutscher Soldatinnen und Soldaten gilt es im Rahmen des Deutschen Bundestages gründlich zu evaluieren und daraus entsprechende Schlussfolgerungen für laufende und zukünftige Missionen zu ziehen.
- Die SPD als Friedenspartei hat die möglichen Folgen einer neuen Dimension des Einsatzes bewaffneter Drohnen als Kriegswaffe zu berücksichtigen.
- Des Weiteren gilt es der Cybersicherheit, gerade im Kontext der Bewaffnung von Drohnen, eine besondere Bedeutung zukommen zu lassen, um Fehlleitungen beim Einsatz solcher Waffen zu verhindern.
- Der Einsatz bewaffneter Drohnen darf nicht zu einer anhaltenden Bedrohung für die Zivilbevölkerung werden.
- Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sprechen uns entschieden gegen extralegale Tötungen aus, wie sie von einzelnen Staaten mithilfe von bewaffneten Drohnen durchgeführt werden.

3. Positionierung

Wir vertreten die Meinung, dass eine **Bewaffnung von Drohnen der Bundeswehr** zum Schutz der Soldatinnen und Soldaten bei mit dem Völkerrecht und den Bündnisverpflichtungen Deutschlands in Einklang stehenden Auslandseinsätzen und unter klarer Berücksichtigung unserer Grundsätze sowie der Einhaltung der nachfolgenden Bedingungen **in Erwägung gezogen werden kann**.

Wir betonen, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr durch den Deutschen Bundestag beschlossen werden müssen. Dabei sieht das Parlamentsbeteiligungsgesetz ausdrücklich u.a. auch die Beschlussfassung über den Auftrag und das Einsatzgebiet vor. Wir unterstreichen, dass für eine Bewaffnung der Drohnen und ihren Einsatz folgende harte und verbindliche Kriterien gelten müssen:

- Ein ausdrückliches Verbot von extralegalen Tötungen, um die strikte Einhaltung des Völkerrechts und des Grundgesetzes zu gewährleisten.
- Eine kategorische Ablehnung von vollautomatisierten Drohnen und anderen letalen autonomen Bewaffnungssystemen (LAWS).
- Die Erstellung und Offenlegung eines verbindlichen Einsatzkonzeptes für bewaffnete Drohnen durch die Bundesregierung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Öffentlichkeit.
- Den Einsatz von bewaffneten Drohnen nur dann, wenn dieser explizit im vorgelegten Bundestagsmandat für den jeweiligen Auslandseinsatz der Bundeswehr vorgesehen ist.
- Die Verortung des operativ Entscheidenden in das Einsatzgebiet, sprich es darf keine Entscheidungen aus der Ferne geben.
- Die bestmögliche Ausbildung, Fürsorge und Betreuung der operativ Entscheidenden.

Darüber hinaus halten wir weitere Initiativen für dringlich, damit Deutschland seine Rolle zur Initiierung wichtiger internationaler Impulse für Frieden und Sicherheit auch in der Zukunft nachkommt. Darunter fällt u.a. ein bisher fehlendes internationales Regelwerk zur Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von bewaffneten Drohnen. Dies beinhaltet zum einen Einsatzprinzipien für bewaffnete Drohnen; zum anderen restriktive Regeln für deren Export, die die Ausfuhr bewaffneter Drohnen auf solche Staaten beschränken, die diese Einsatzprinzipien achten. Grundsätzlich sollte der Export bewaffneter Drohnen nur in EU-, NATO-, und gleichgestellte Länder möglich sein.

Fest steht, dass wir als SPD-Bundestagsfraktion die Debatte um bewaffnete Drohnen auch weiterhin gewissenhaft und verantwortungsvoll begleiten werden. Am Ende ist es so, dass wir als Abgeordnete entsprechende Veränderungen mittragen müssen. Doch das werden wir nur dann, wenn am Ende aller Diskussionen eine ethisch vertretbare Entscheidung vorliegt. Anderenfalls werden derartige Projekte von der SPD-Fraktion nicht unterstützt.

Abschließend können wir Ihnen versichern, dass wir unser Mandat im Bundestag auch weiterhin für die Stärkung der zivilen Konfliktprävention und –bearbeitung einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Berghahn, MdB

Dr. Wiebke Esdar, MdB

Achim Post, MdB

Stefan Schwartz, MdB